



Polizei Rheinland-Pfalz

Ausrüstung und Personal: Zukunftsfähig aufgestellt?

Nachhaltigkeit bedeutet Zukunftsfähigkeit. Die Frage, die sich verantwortungsvolle Sicherheitspolitik stellen muss, lautet: „Was wollen wir?“

Kriminalität wird immer wieder durch Politiker genutzt, um als besonders handlungsfähig dazustehen. Wenn man zum Beispiel das mögliche Strafmaß für Vergewaltigung verdoppelt, ist es leicht, als handlungsfähig dazustehen und erntet den schnellen Applaus.

Ist es das, was Sicherheitspolitik will? Ist es das, was wir Polizeibeamte(inn)en wollen?

Manchem Medienvertreter und Parteien stellen sich die Nackenhaare, wenn wir als Deutsche Polizeigewerkschaft mit erhobenen Zeigefingern warnend auf missliche Zustände hinweisen.

Die einen im Zusammenhang mit strengeren Gesetzen und die anderen, je nach politi-

schem Lager und Verantwortung, wenn es um Mängel bei Ausrüstung und Personal geht.

Laut Koalitionsvereinbarung ist es Ziel der Landesregierung, durch eine Erhöhung der Anwärterzahlen auf jährlich 500 für fünf Jahre insgesamt 2 500 neue Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte einzustellen.

In einem TV-Interview im Jahr 2016 hat Benno Langenberger, Vorsitzender der DPoIG in Rheinland-Pfalz, kritisiert, dass mit 500 Neueinstellungen der Personalstand nicht gehalten werden kann und 9 160 Vollzeitstellen nicht erreicht werden können.

Diese Kritik hat Ministerpräsidentin Malu Dreyer in derselben Fernsehsendung als nicht nachvollziehbar bezeichnet und verteidigte ihre Berechnung. Wie wir alle wissen, werden nun 560 Studierende bis 2021 eingestellt. Bravo.

Dennoch kommt die Verstärkung zu spät und den Einstellungen stehen bis 2021 so viele Pensionäre, ungeplant aus dem Dienst Ausscheidende und Studienabbrecher gegenüber, dass am Ende pro Jahr und Dienststelle weniger ankommt als erhofft.

Die Zahl der Vollzeitstellen ist bei der rheinland-pfälzischen Polizei seit 2010 um fast 300 gesunken und die Forderung der DPoIG aus dem Jahr 2001



> Thomas Meyer

nach 10 000 Frauen und Männern im Polizeidienst hat weiterhin Bestand.

Sehr geehrte Bewerber und Bewerberinnen, sehr geehrte Studierende, **die Polizei Rheinland-Pfalz braucht Euch!**

Die Deutsche Polizeigewerkschaft wird nicht müde, Eurem zukünftigen Dienstherrn die Notwendigkeit der Schaffung und der Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufs aufzuzeigen.

Wir fordern daher:

- > eine Erhöhung der Anwärtergrundbezüge auf das Niveau des Bundes und
- > unabhängig von der landesweiten Entscheidung in der Frage der Heilfürsorge, die kostenfreie medizinische Betreuung während des Studiums als Bausteine der Attraktivitätssteigerung im Kampf um die besten Köpfe.

In diesem Zusammenhang sieht das Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz unter anderem in der Umsetzung des Rahmenkonzepts Personalentwicklung in der Landesverwaltung selbst einen hohen Stellenwert im betrieblichen Gesundheitsmanagement des Landes Rheinland-Pfalz, zu dessen Förderung die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen mit dem Land im April 2016 auf **Initiative des Dachverbands der DPoIG – dem „dbb beamtenbund und tarifunion“** – eine Zielvereinbarung geschlossen haben.

Diesem hohen Stellenwert der Gesundheit muss man bereits während der Ausbildung gerecht werden. Deshalb regt die DPoIG Rheinland-Pfalz an, bei der persönlichen Ausstattung bereits zu Beginn eines Polizeiberufslebens eines der wichtigsten Sinnesorgane in den Fokus der Betrachtung zu nehmen. Das menschliche Ohr. (Siehe Artikel zu Firma Hearsafe).

Impressum:

Redaktion:
Volker Maurer (v. i. S. d. P.)
Fürstenhofenstraße 6
54329 Konz
Tel. 06501.99605
E-Mail: polizeispiegel@dpolg-rlp.de
Landesgeschäftsstelle:
Adam-Karrillon-Straße 62
55118 Mainz
Tel. 06131.234488
Fax 06131.225267
dpolg@t-online.de
ISSN 0937-4876

Wer mit seinem Handy diesen Code einscann, wird automatisch auf unsere Homepage geleitet.



Einstellungsjahr/Ausbildungsantritt																	
2010		2011		2012		2013		2014		2015		2016		2017			
3. BA	4. BA	5. BA	6. BA	7. BA	8. BA	9. BA	10. BA	11. BA	12. BA	13. BA	14. BA	15. BA	16. BA	17. BA	18. BA		
180	177	197	200	182	171	222	221	233	217	260	240	255	280	280	280		



Die Kommunikation ist das wichtigste Hilfsmittel polizeilicher Arbeit. Kommen wir vom Ohr zum Personalkörper der Polizei. Wonach richtet sich die Stärke des Personalkörpers? Eine ganz entscheidende wie auch banale Frage. Die anfangs erwähnte Sicherheitspolitik sollte ein Spiegelbild der Sicherheitslage sein.

Vor 20 Jahren war es vielleicht eine „gute Idee“, Handtaschen zu stehlen, weil sie viel Bargeld enthielten. Heute ist es lukrativer, im Internet auf Beutezug zu gehen, weil sich das Konsumverhalten und die Kriminalität in den vergangenen Jahren verändert hat. Ohne Zweifel.

Es ist zwar richtig, dass die Gewaltkriminalität in den meisten Bereichen kontinuierlich abnimmt, aber offene Grenzen und die Digitalisierung haben die Strafverfolgung aufwendiger und komplexer gemacht. Die Ermittlungsarbeit je Fall kostet deutlich mehr Zeit und auch Personal als noch vor Jahren. Oft müssen riesige Datenmengen ausgewertet oder organisierte Strukturen aufgeklärt werden.

Um diese neuen Formen der Kriminalität wirksam bekämpfen zu können, muss die Polizei rechtzeitig in die Lage versetzt werden, darauf reagieren zu können. Dazu braucht es neben dem Personal auch die entsprechende Ausrüstung.

Am Beispiel Schweden kann man es nachvollziehen. Schweden war im Jahr 1661 der erste Staat in Europa, der Banknoten druckte. Gut dreieinhalb Jahrhunderte danach könnte Schweden das erste Land werden, das das Bargeld wieder abschafft. Nur noch 19 Prozent aller Bezahlvorgänge werden laut der schwedischen Zentralbank bar abgewickelt. Es ist selbsterklärend, dass sich die polizeiliche Arbeit dadurch verlagert.

In Niedersachsen berichten fast 1 000 Befragte für das Jahr 2016, dass sie Opfer von sogenannter „Hasskriminalität“ geworden sind. Ein Deliktsfeld, das es früher nicht gab.

Ganz zu schweigen von den Belastungen, denen unsere eigenen operativen Kräfte der Schutz- und Bereitschaftspoli-

Einstellungsjahr/Bewerberzahl							
2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
4 845	4 472	3 860	5 503	3 994	3 978	5 818	4 905

zei oder Kriminalpolizei ausgesetzt sind.

Die DPoIG Rheinland-Pfalz ist „mitverantwortlich“ für die dienstlich gelieferten Schusswaffen nach den bundesweiten Todesfällen von Kolleginnen und Kollegen vor fast 20 Jahren. Sie hat als einzige Gewerkschaft mit Nachdruck die Themen Bodycam und Taser frühzeitig initiiert – mit Erfolg.

Die Politik hat auf gewerkschaftliche Kritik reagiert und das ist auch gut so. Dafür sind Gewerkschaften da. Beim Thema Personal leider viel zu spät. Die Liste von fehlenden Ausrüstungsgegenständen, technischen Hilfsmitteln über Forderungen im Bereich der Raumschießanlagen, mobilen Arbeitsplätzen oder modernen, praxistauglichen Einsatzfahrzeugen ist lang und länger und schließt ab mit der bereits erwähnten Forderung nach einem Gehörschutz für ALLE.

Einige der oben genannten Dinge sind endlich im 21. Jahrhundert bei der Polizei Rheinland-Pfalz angekommen, bei anderen darf man gespannt sein, wie lange es dauern wird.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder, die Rahmenbedingungen Eurer Arbeit müssen stimmen und wir verstehen uns als Euer verlängerter Arm zur Durchsetzung Eurer Interessen. Dafür sind wir da und wehren uns auch vehement gegen solche Aussagen wie die eines früheren hohen Landespolitikers „Sie haben doch einen sicheren Arbeitsplatz“, wenn es um unsere Forderungen nach Besoldungserhöhungen geht. Wir antworten dann: „Den hatten die Sklaven in Rom auch!“.

Euer

*Thomas Meyer,
stellvertretender
Landesvorsitzender*

Polizeischüler müssen erneut in den Einsatz

Personalmisere tangiert Studierende und den Ausbildungsverlauf unmittelbar

„Die Personalsituation bei der Polizei in Rheinland-Pfalz ist desolat. Deshalb müssen erneut Polizeischüler in den Einsatz.“

So lautete die Schlagzeile einer Publikation der Deutschen Polizeigewerkschaft vom September 2017. Seit Wegfall der Landeseinsatzreserve wurden Studierende seinerzeit im Jahr 2017 viermal zu Einsätzen herangezogen. Als Berufsvertretung warnen wir aus Fürsorge-

gedanken davor, die in teils geschlossenen Einheiten unerfahrenen jungen Kolleginnen und Kollegen einzusetzen. Nicht weil wir es Ihnen nicht zutrauen, sondern weil es der logischen und konsequenten Folge eines Bachelorstudiums geschuldet ist, Einsätze grund-

sätzlich erst nach dessen Beendigung wahrzunehmen, wenn der Status der/des Widerrufsbeamtin/-en in den einer/eines Probebeamtin/-en übergegangen ist. Das gebietet die Fürsorgepflicht.

Es ist deshalb zu begrüßen, dass die vertretenen Gewerkschaften im Hauptpersonalrat des Ministeriums des Innern und für Sport dem Einsatz des 15. BA am Landeskontrolltag,

29. März 2019, nicht zugestimmt haben. Die DPoIG wird deshalb weiter darauf drängen, dass wir künftig in Rheinland-Pfalz 10 000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten bekommen und bei Großeinsätzen so viele Einsatzkräfte bei den anderen Bundesländern und der Bundespolizei „eingekauft“ werden, dass unsere Studierenden nicht mehr zu Sondereinsätzen herangezogen werden müssen. ■

Gehörschutz, ein nicht zu unterschätzender Teil der Schutzausstattung

Zum Thema Gesundheit und Gehörschutz als Schutzausstattung für die Polizei führte die Redaktion POLIZEISPIEGEL ein Interview mit dem Geschäftsführer der Firma Hearsafe, Herrn Eckhard Beste.

POLIZEISPIEGEL:

Herr Beste, Sie haben sich beruflich dem Schutz des menschlichen Gehörs verschrieben. Was treibt Sie an und welche Aufgaben liegen vor Ihnen?

Eckhard Beste: Mein Antrieb beziehungsweise meine Motivation stammt noch aus der Zeit der Entscheidung für ein Studium der Hörgeschädigtenpädagogik und dem früh erkannten Zusammenhang aus Rehabilitation und Präventionsnotwendigkeit. Über die jahrzehntelange Arbeit in Schule, Hörgeräte-Akustik, im Musik- und Veranstaltungsleben sowie vielen Bereichen der Arbeitswelt wuchs die Einsicht in tatsächliche Gefährdungen und die Notwendigkeit für die Entwicklung individueller Lösungen. Wir haben einen deutlichen Widerspruch zwischen der Forderung des Arbeitsschutzes – letztlich dem Grundgesetzauftrag nach „Schutz von Leib und Leben und körperlicher Unversehrtheit folgend“ – und der Verbindung des Menschen und dem Einsatz von Standardlösungen. Hier möchte ich sowohl aufklären als auch bessere Lösungen entwickeln, denn: Jeder hört anders und Verstehen ist mehr als Hören.

POLIZEISPIEGEL:

Unser Ohr ist immer „online“. Kommunikation ist bei der Polizei eines der wichtigsten Instrumente. Sehen Sie Handlungsfelder/-bedarf für die Polizei?

Eckhard Beste: Ja, genauso wie viele Ihrer Kolleginnen und Kollegen denke ich. Wir haben so viel Technik in unserer heutigen Welt und sind zugleich auch immer abhängiger davon. Diese Technikgläubigkeit steht aber schnell infrage, wenn ich nicht verstehe. Allzu oft ist dabei ein Misslingen das Ergebnis ganz einfacher Zusammenhänge: „Ich weiß nicht, wer und woher ich angesprochen werde. Ich kann das Wichtige aus einem komplexen ‚Lärm‘ nicht heraushören. Es ist so laut oder so leise, dass ICH es nicht oder nur mit großen Anstrengungen raten kann.“

Es wird nicht verstanden, falsch verstanden, man meldet sich ab, benutzt Handzeichen. Es entsteht Stress aus Unsicherheit, es kommt zu Fehleinschätzungen ...

POLIZEISPIEGEL:

Das Thema „Gesünder Arbeiten bei der Polizei“ wurde aktuell wissenschaftlich untersucht. Das Gehör spielte hierbei keine wahrnehmbare Rolle. Was sagen Sie dazu?

Eckhard Beste: Das Gehör ist offensichtlich dann doch irgendwie Privatsache?! – An einfachen lauten gewerblichen oder industriellen Arbeitsplätzen kann man den Arbeitsschutz vermeintlich einfach sicherstellen. Wenn der Hörbedarf durch Maschinenlaufkontrolle, Kollegenabstimmung, Warnsignalwahrnehmung un-



Eckhard Beste, Geschäftsführer der Firma Hearsafe

ter anderem steigt, werden die Stöpsel dann doch oft rausgenommen.

Anderes wird dann wichtiger als der Gesundheitsschutz. In Armeen ist das sicher so. Das Einsatzziel darf nicht gefährdet werden. Ein klassischer Zielkonflikt, der still akzeptiert und nicht konsequent durchgedacht wird. Vielleicht kann eine Analogie aus dem orthopädischen Bereich meine Einschätzung verdeutlichen: Der Patient hat deutliche Bewegungseinschränkungen, will aber seinen Arbeitsplatz nicht gefährden. Die Spritze, die ihn wieder voll fit macht, steht mir als Arzt nicht zur Verfügung. Ich würde mit meiner Autorität gerne eine konsequente Physiotherapie und Verhaltensschulung durchsetzen und das Autofahren durch die Nutzung des Fahrrades ersetzen ... Aber, der Patient will diese Lebensänderung nicht angehen.

In einem Punkt ist die Analogie falsch: Das Gehör altert auch ohne dass ich Einfluss darauf nehmen kann. Und, es kann durch ein Extremereignis unheilbar geschädigt werden.

POLIZEISPIEGEL:

Unsere Kolleginnen und Kollegen, ob im Streifendienst oder bei der Bereitschaftspolizei sind bei den unterschiedlichsten Einsätzen vielen Lärmquellen (Funk, Geschrei, Straßenlärm, et cetera) ausgesetzt. Was sagen Sie zu dieser Form der Belastung?

Diese Belastungen sind der Arbeitsalltag, der „Raum bestimmt, was akustisch in ihm geschieht.“ Geschrei auf einer Party, Autobahnrand-Gespräch, SEK im Hubschrauber, Stadioneinsatz, Demobegegnungen und vieles mehr.

Ja, die Regelfähigkeit unserer Ohren ist zwar fantastisch, sie ist aber begrenzt und bei jedem Menschen anders und sie verändert sich mit dem Alter werden; bei Frauen übrigens später als bei uns Männern. Es braucht Hörhygiene, Kommunikationsweisen und leistungsfähigere, das heißt dem Hörvermögen des Einzelnen entsprechende technische Lösungen. Eine Verbesserung in allen drei Ansätzen bedarf zwingend die aufgeklärte, eingübte und mitbestimmende Beteiligung der Kolleginnen und Kollegen.

Ja, diese Zusammenhänge gehören in die Ausbildung, die Alltagsreflektion, die strategische Planung und in die Aufmerksamkeit der polizeilichen Führung.

Nehmen wir so einfache Wahrheiten wie: „Schau mich an, wenn Du mit mir sprichst“ – „Einer nach dem anderen“ – „Stell den Lärm ab“. Diese sind – richtig durchdacht – von der Begegnung mit einem einzelnen Gegenüber bis zur einsatz-



taktischen Bewertung von technischen Kommunikationsmitteln in Katastrophenfällen häufig wichtiger als die Erfüllung von DIN-Normen zur Bewertung von Gehörschutzstöpseln.

POLIZEISPIEGEL:

Herr Beste, aus Ihren Ausführungen lässt sich für die Deutsche Polizeigewerkschaft eine notwendige Forderung an den Dienstherrn ableiten.

„Ein individueller Gehörschutz muss zur Grundausstattung eines jeden Polizisten und jeder Polizistin gehören!“ Würden Sie dies unterschreiben?

Eckhard Beste: Nein, so nicht. Nur die Maßanfertigung als Lösung ist eine unzureichende Antwort auf eine wichtige Forderung. Leider war ich vor 25 Jahren so dumm zu propagieren, dass Musiker mit einem an-

gepassten Musikergehörschutz auch im Orchester spielen, das heißt arbeiten können. – Ich habe dazugelernt, auch in Kindergarten und Schule, auch an eigentlich allen Arbeitsplätzen, an denen es lauter ist. Meine Forderung ist weitergehend: Eine ehrliche Analyse der Arbeitsbedingungen, die auch das Misslingen der Bemühungen, den Ausfall der Technik und die Zielkonflikte angeht. Für den täglichen Einsatz habe ich praktische Hinweise und Ausstattungsvorstellungen, die auch die anatomische Kopplung von Schutzfiltern, Schallschläuchen, Headsets, Helmsystemen, Hauben et cetera einbinden.

POLIZEISPIEGEL:

Die taktische Kommunikation über Funk ist in geschlossenen Einsätzen mit vielen hundert oder tausenden Einsatzkräften außerordentlich wichtig und

beim G 20 Gipfel in Hamburg im Jahr 2017 aufgrund des aggressiven und lauten polizeilichen Gegenübers problematisch. Welche technischen Empfehlungen und Möglichkeiten gibt es hier aus Ihrer Sicht?

Eckhard Beste: Ich will es nur skizzieren: Signal-Rauschabstände sind gestaltbar, aber deren Einhaltung ist unverzichtbar. Befehlshierarchien dürfen nicht technisch scheitern und nicht mit dem Prinzip „es wird schon verstanden werden beziehungsweise durchkommen“. Oberste Einsatzleitungen sind regelmäßig in einem anderen „akustischen Raum“ als die Front. Aber, der Raum bestimmt, was in ihm geschieht, was in ihm gehört werden kann. Das ist ein „Hör-gesetz“ für uns alle. Der Apfel fällt nicht nach oben! Und noch einmal: Wir machen viele

Hörannahmen, aber das Verstehen muss gesichert werden. Ach ja, und: Lärm macht müde. Müde sein macht nachlässig. Müde machen Fehler.

Ich höre oft Dinge wie „An der Maschine reicht der einfache Gehörschutz“. Welch ein Unsinn. – Warum ist Kommunikationstechnik und Ausstattung für die „einfachen Polizisten“ weniger wichtig als für die Spezialeinheiten? – Wenn unser Zusammenleben ein kommunikatives Geschehen ist, gibt es kein einfach, nur individuelle Beiträge dazu und die Notwendigkeit diese möglich zu machen auch Dank der Polizei. Unnötige Konflikte aus Missverständnissen können wir nicht ganz vermeiden, das ist menschlich.

POLIZEISPIEGEL:

Herr Beste, vielen Dank für das sehr interessante Gespräch. ■

Neues aus dem Hauptpersonalrat

In der Sitzung vom 7. März 2019 war der Inspekteur Herr Jürgen Schmitt zu Gast. Neben einigen Personalentscheidungen waren unter anderem der Einsatz von Studierenden am Landeskontrolltag, 29. März 2019, und die Dienstanweisung E-Cash die bestimmenden Themen.

Einsatz von Studierenden des 15. BA:

Des Gremium verweigerte im Rahmen seines Mitbestimmungsrechts die Zustimmung.

Dienstanweisung E-Cash:

Der Hauptpersonalrat nahm zur Kenntnis, dass die Abwicklung zukünftig über Smartphone geprüft wird, nicht alle Kreditkarten bedient werden können, nicht die Möglichkeit bestehen wird, Verwarnungstatbestände mit Bargeld zu er-

heben. Dazu führte der Inspekteur aus, dass die vertragliche Gestaltung des E-Cash eine Programmierung nicht vorgesehen hat und Mehrkosten in Höhe von 200 000 Euro entstanden wären.

Der **Hauptpersonalrat (HPR)** stellt die oberste Interessenvertretung für Personal im öffentlichen Dienst dar und hat unter anderem die Aufgabe die Ausübung der Mitbestimmung bei allen Maßnahmen wahrzunehmen die vom Ministerium vorgenommen werden (§ 53 LPersVG).

*Katja Sorgen,
Mitglied des HPR Polizei*

> Terminhinweis

50 Jahre Einstellung Sommer 1969

Zum 50. Mal jährt sich in diesem Jahr die Einstellung in den Polizeidienst für den Sommerjahrgang (Juli und August) 1969. Ab dem 1. Juli 1969 in Schifferstadt und nach Verlegung der Hundertschaft nochmals ab dem 1. August 1969 in Wittlich-Wengerohr in der 5. Hundertschaft wurden insgesamt 155 junge Männer in den Dienst der Polizei des Landes eingestellt. Inzwischen sind alle Angehörigen des Jahrgangs im wohlverdienten Ruhestand. Das 50-jährige Jubiläum soll am 17. bis 18. Juli 2018 mit einem Wiedersehens-treffen in der Südpfalz angemessen gefeiert werden. Dazu sind alle damals Eingestellten herzlich eingeladen. Interessenten an einer Teilnahme melden sich bitte bei Werner Kasel, (Tel.: 01 70/9 91 60 00, E-Mail: werner.kasel@t-online.de) oder Bernd Ittensohn (b.ittensohn@t-online.de)

> Wir gratulieren

Im Monat April 2019 haben Geburtstag:

40 Jahre

Christian Donwen
Dominik Matter

55 Jahre

Uwe Leitzgen
Peter Adolf Franken
Sigrid Becker
Andrea Hopp

60 Jahre

Christiane Becht
Peter Strube-Vogt
Elmar Schwabl
Claus F. Heinrich

70 Jahre

Rudolf Kasper

75 Jahre

Willibald Groß

77 Jahre

Helmut Butzbach

80 Jahre

Bernd Wierse

81 Jahre

Otfried Saupe